

CONFLICTA

Konfliktakademie

#07

SPOTLIGHT

Konfliktfeld Sicherheit

Verteidigung und Wehrpflicht in Zeiten des Krieges

Dirk Lampe, Andreas Zick, Stephan Skolarski,
Anna Christina Nowak und Jonas Rees

Russlands Angriffskrieg in der Ukraine markiert eine Zäsur für Europa, besonders für die EU- und NATO-Staaten. Europa, und damit auch Deutschland, hat sich verpflichtet, mehr für die Verteidigung und die Unterstützung der NATO zu tun. Die Bundesregierung, im Amt seit Mai 2025, hat die Wehrpflicht wieder auf die Agenda gesetzt und einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht. Angesichts der deutschen Geschichte überrascht es nicht, dass die Debatte über eine Wiedereinführung eines militärischen Pflichtdienstes kontrovers und emotional geführt wird. Sehr konfliktreich verliefen bereits die Diskussionen über die Steigerung des Wehretats, die militärische Unterstützung der Ukraine oder die Beziehungen zu Russland und den USA. Die Wiedereinführung einer Wehrpflicht wirft Fragen zum Verständnis von Wehr- und Friedensbereitschaft auf, die mit gegensätzlichen Interessen, Wert- und Identitätsvorstellungen einhergehen und entsprechend konfliktbehaftet sind. Zugleich reicht die Debatte über die Außenpolitik oder die Rolle des Militärs in der Gesellschaft hinaus und berührt weitere Kontroversen, wie die Frage der Generationengerechtigkeit oder der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen. Parteipolitisch hat sich eine Debatte entzündet, die teils alte politische Lagergrenzen übersteigt. Bündnis90/Die Grünen, einst aus der Umwelt- und Friedensbewegung kommend, unterstützen mittlerweile die Stärkung der militärischen Kapazitäten Deutschlands. Die AfD hingegen, die lange prinzipiell für die Wiedereinführung der Wehrpflicht eingetreten ist, ist nun skeptischer und schwankt zwischen einer prorussischen und proamerikanischen Orientierung hin und her. Mit dem BSW ist zudem eine Partei entstanden, deren Entstehungsgeschichte eng mit einer Kritik an der NATO und dem "Westen" verbunden ist und die sich heute als Teil der Friedensbewegung versteht. Doch wie steht die Bevölkerung zu diesen Themen über kurzfristige Umfragen hinaus?

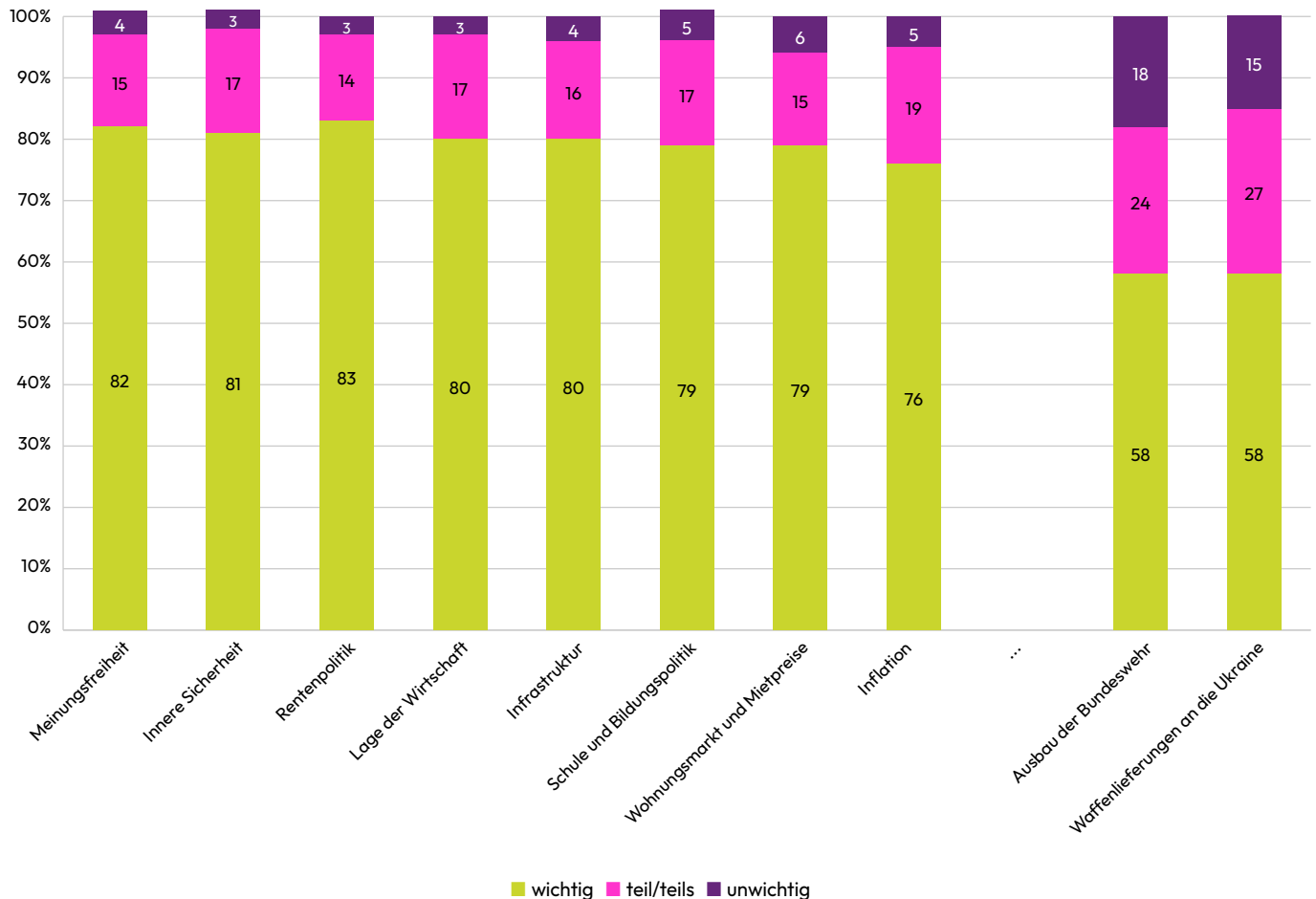
Konfliktfeld Sicherheit im Konfliktmonitor

In der zweiten Befragung des Konfliktmonitors, durchgeführt zwischen dem 26. Juni und 11. Juli 2025, haben wir auch Fragen zur Verteidigung, zum Umgang mit militärischer Gewalt und zur Wehrpflicht gestellt. Die Befragung war eine Wiederholungsbefragung im Anschluss an eine erste Erhebung im Dezember 2024. Insgesamt haben 2.112 Personen an der Online-Erhebung teilgenommen.¹ Wie schon in der ersten Befragung vom Dezember 2024 legten wir den Teilnehmenden eine Liste von Konfliktthemen vor und haben

¹ Für eine genauere Beschreibung des methodischen Vorgehens und der Stichprobe siehe Box 1 am Ende des Spotlights. Für Informationen zur ersten Welle des Konfliktmonitors und den bisherigen Veröffentlichungen siehe: <https://conflict-a.de/konfliktmonitor/>.

sie gefragt, wie wichtig sie eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über diese Themen finden.² Hier wurde auch nach der Meinung der Befragten zu den Konfliktfeldern “Waffenlieferungen in die Ukraine” und “Ausbau der Bundeswehr” gefragt. Rund 58 Prozent beurteilen beide Konfliktthemen jeweils als “sehr” oder “eher wichtig”. Damit liegen sie im Mittelfeld der Prioritätenliste der Konfliktthemen. Wichtiger findet die Mehrheit Themen wie Demokratie, Innere Sicherheit, Wirtschaft sowie Sozial- und Bildungspolitik. Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse.³ Auffällig ist, dass die Meinungen zum Thema Waffenlieferungen an die Ukraine am stärksten auseinandergehen (SD: 1,28).⁴ Auch beim Thema Ausbau der Bundeswehr ist die Standardabweichung höher als bei den meisten anderen Konfliktthemen (1,19). Dies könnte darauf hindeuten, dass diese Konfliktthemen stärker polarisieren und weniger konsensfähig sind als andere.

Abbildung 1:
Wichtigkeit von Waffenlieferungen und Ausbau der Bundeswehr im Vergleich mit den Top 8 Konflikten

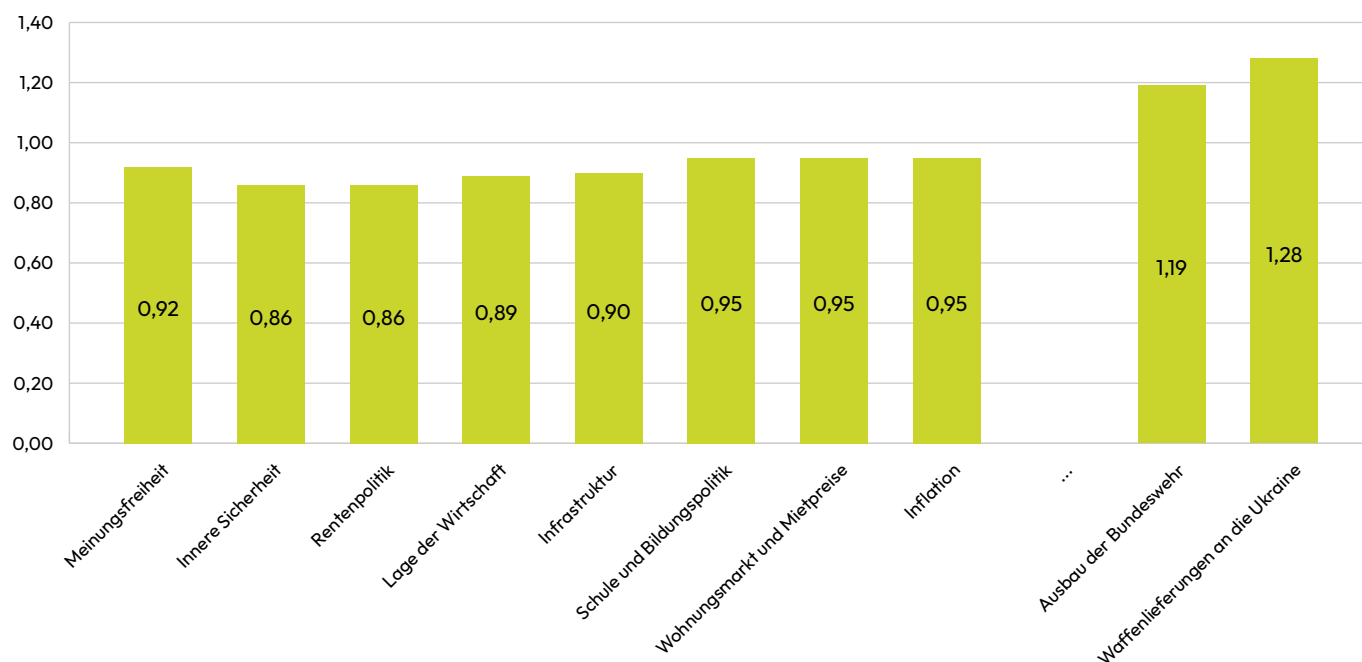


² Die vollständige Liste ist in Box 3 am Ende des Spotlights zu finden. Die Konfliktthemenliste für die zweite Welle des Konfliktmonitors beruht auf den Angaben der Befragten in der ersten Welle des Konfliktmonitors.

³ Die Sortierung erfolgte nach dem Mittelwert (siehe Box 3). Der besseren Lesbarkeit halber wurden die Antwortoptionen “sehr wichtig” und “eher wichtig” sowie “weniger unwichtig” und “überhaupt nicht wichtig” an dieser Stelle zusammengefasst. Alle Werte in diesem Spotlight wurden der besseren Lesbarkeit halber gerundet.

⁴ Die Standardabweichung bezieht sich auf eine Skala von 1 bis 5. Die Mittelwerte bei den beiden Konfliktthemen liegen bei 2,37 (Waffenlieferungen an die Ukraine) und 2,34 (Ausbau der Bundeswehr). Wie auch im Rest des Spotlights stehen niedrige Werte für eine starke Zustimmung bzw. in diesem Fall eine hohe Relevanz des Konfliktthemas. Die durchschnittliche Standardabweichung über alle Konfliktthemen hinweg lag bei 1,07.

Abbildung 2:
Standardabweichung der Antworten im Vergleich mit den Top 8 Konflikten



Einschätzungen zur (militärischen) Sicherheitslage

Der Konfliktmonitor hat auch nach den Einschätzungen zur militärischen Sicherheitslage gefragt. Die Mehrheit hält die

Weltlage für unsicher. Nur ca. 15 Prozent bewerten die Welt derzeit als "sehr" oder "eher sicher", während eine Mehrheit von 58 % die Weltlage als "eher unsicher" bzw. "sehr unsicher" empfindet. Die Sicherheitslage in Europa und Deutschland wird besser bewertet. Ein Viertel (26 %) findet die Lage in Europa "eher sicher" oder „sehr sicher“. Mehr als ein Drittel (37 %) findet das für Deutschland. Gleichzeitig sehen knapp ein Drittel (je 31 %) die Sicherheitslage bezogen auf Deutschland als gemischt ("teils/teils") bzw. als "eher unsicher" oder "sehr unsicher". Deutschland wird zwar im Vergleich zu Europa und der Welt als etwas sicherer wahrgenommen, doch ein Friedensoptimismus findet sich nicht (siehe Abbildung 3). Das zeigt sich auch bei der Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines Angriffes Russlands auf einen oder mehrere NATO-Staaten in den nächsten Jahren. Rund 40 Prozent (10 % "sehr hoch", 30 % "eher hoch") halten ein solches Szenario für wahrscheinlich. Etwa 30 Prozent stufen es als "eher" bzw. "sehr unwahrscheinlich" ein, wie Abbildung 4 zeigt. Insgesamt zeigt sich bei Berücksichtigung der 30 Prozent "Teils/Teils"-Antworten: Die Mehrheit der Befragten schließt weitere kriegerische Auseinandersetzungen in Europa nicht (mehr) aus.

Angeichts des russischen Krieges in der Ukraine und des Drucks der US-Regierung, mehr für Rüstung zu investieren, haben viele westliche Staaten begonnen, ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen und die Wehretats zu erhöhen. Auch in Deutschland haben sich sowohl die letzte als auch die aktuelle Bundesregierung diesen Zielen verschrieben. Die Befragten des Konfliktmonitors unterstützen die Vorhaben grundsätzlich: Rund zwei Drittel sprechen sich für eine Erhöhung der Ausgaben für

die Bundeswehr (66 %) und eine Erhöhung der Anzahl der Soldat*innen (66 %) aus. Nur 10 bzw. 8 Prozent sind für eine Verringerung der militärischen Ausgaben und des Bundeswehrpersonals. Etwa ein Viertel (25 bzw. 26 %) möchte den Status quo beibehalten.

Einstellungen zur Bundeswehr

die Bundeswehr (66 %) und eine Erhöhung der Anzahl der Soldat*innen (66 %) aus. Nur 10 bzw. 8 Prozent sind für eine Verringerung der militärischen Ausgaben und des Bundeswehrpersonals. Etwa ein Viertel (25 bzw. 26 %) möchte den Status quo beibehalten.

Abbildung 3:
Wie bewerten Sie die gegenwärtige militärische Sicherheitslage?

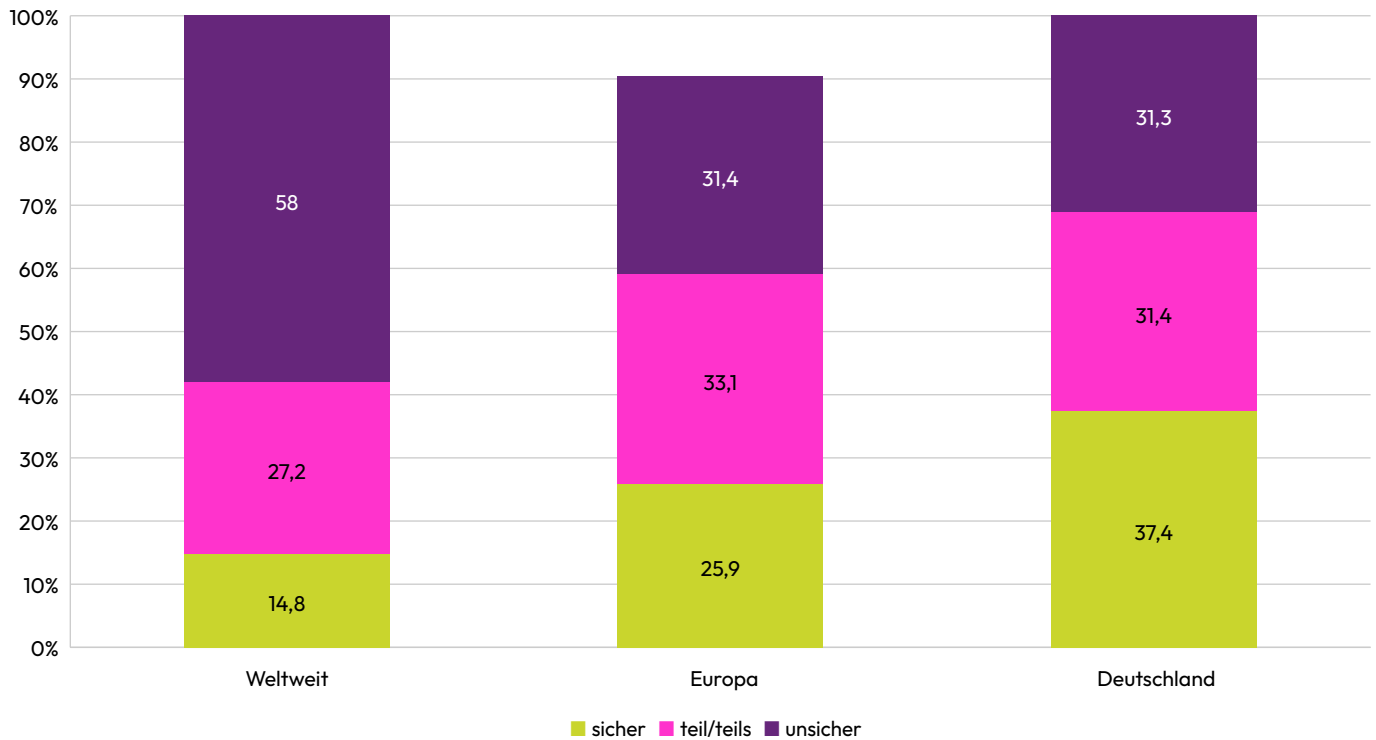
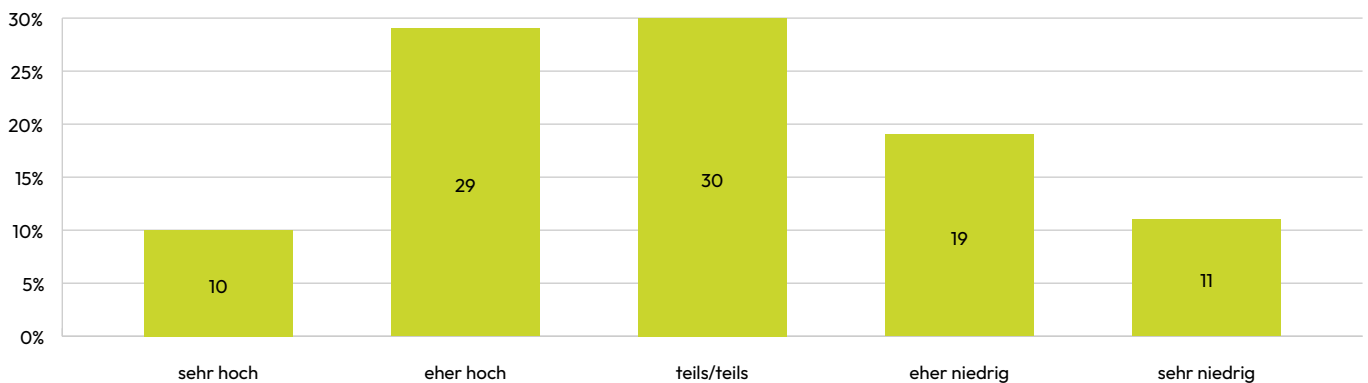


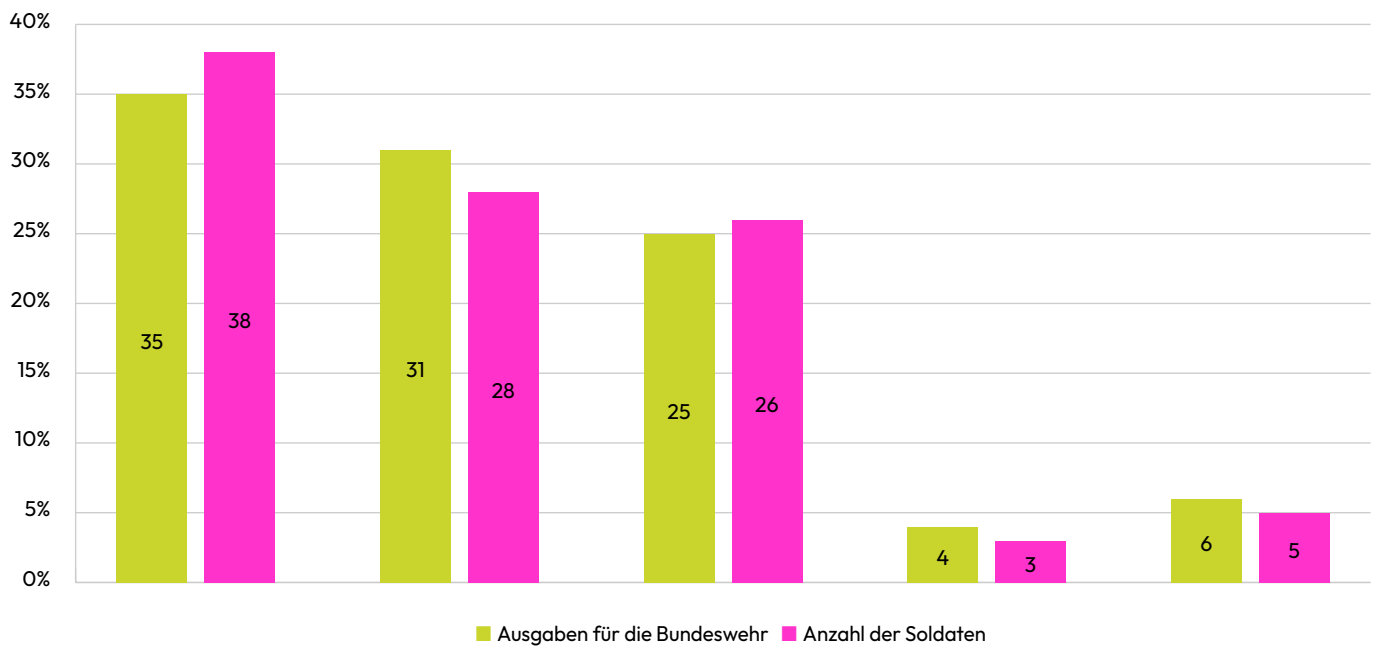
Abbildung 4:
Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass Russland in den nächsten Jahren einen oder mehrere NATO-Staaten in Europa angreifen könnte?



Die Idee, die Bundeswehr besser auszustatten – finanziell und personell – stößt bei den Befragten auf Zustimmung. Wie das konkret geschehen soll, ist allerdings noch offen. Derzeit diskutieren die Parteien verschiedene Modelle eines mehr oder weniger verpflichtenden Dienstes für junge Menschen. Das Verteidigungsministerium unter Boris Pistorius hat z. B. das Modell eines “Neuen Wehrdienst” eingebracht. Nach diesem Konzept sollen alle jungen Menschen im wehrdienstfähigen Alter von 18 bis 24 Jahren einen Fragebogen ausfüllen. Für Männer soll es verpflichtend, für Frauen freiwillig sein. Ebenso wird zum Zeitpunkt dieses Spotlights – Stand 43. Kalenderwoche / Oktober 2025 – ein Losverfahren medial diskutiert. Andere Modelle sehen eine Rückkehr zum traditionellen verpflichtenden Wehrdienst vor. Bündnis90/Die Grünen haben einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst in die Diskussion eingebracht. Die AfD hatte in der Vergangenheit bereits Anträge zum Wehrdienst erarbeitet, beabsichtigt derzeit aber keinen eigenen Vorschlag einzureichen, nachdem der sogenannte “Flügel” interveniert hat.

Abbildung 5:

In den letzten Wochen ist viel über die Finanzierung und personelle Ausstattung der Bundeswehr diskutiert worden. Wie ist Ihre persönliche Meinung zu diesem Thema? Sollten die Ausgaben für die Bundeswehr und die Anzahl der Soldaten erhöht oder verringert werden?



Unabhängig vom genauen Modell scheint die Mehrheit, der im Bundestag vertretenen Parteien eine Stärkung der Bundeswehr und die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu wollen. Mit Blick auf die Bevölkerung scheint die Stimmungslage uneindeutiger, wie der Konfliktmonitor zeigt. Während 52 Prozent der Befragten einen militärischen Dienst für junge Menschen ganz grundsätzlich unterstützen, lehnt ein Drittel (31%) diesen ab und weitere 17 Prozent bewegen sich zwischen Zustimmung und Ablehnung, wie Abbildung 6 zeigt.

Abbildung 6:
In den letzten Monaten wurde verstärkt über die Wehrpflicht diskutiert. Ganz grundsätzlich, befürworten Sie eine Form des militärischen Dienstes für junge Menschen oder nicht?

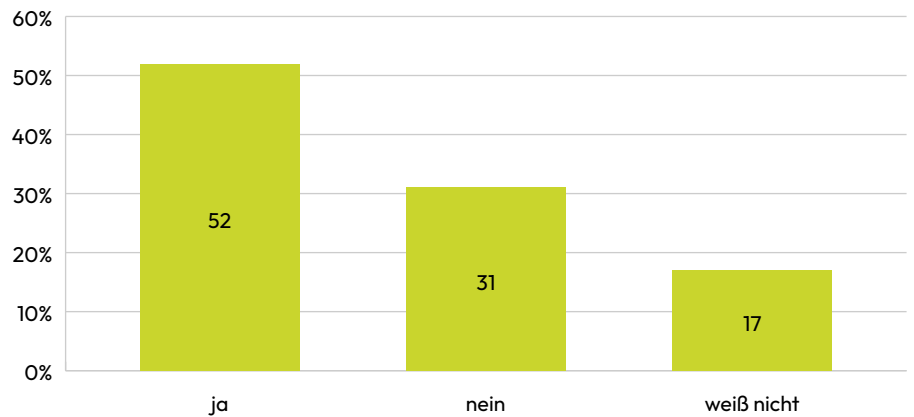
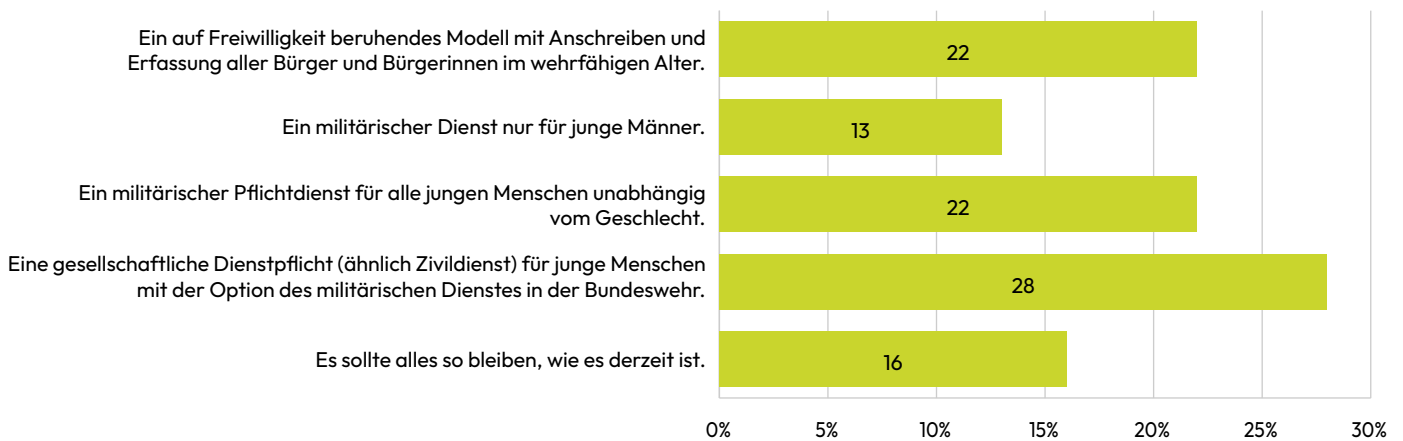


Abbildung 7:
Sollte in den nächsten Jahren ein militärischer Dienst für junge Menschen eingeführt werden, welcher Vorschlag erscheint Ihnen hierbei am sinnvollsten?

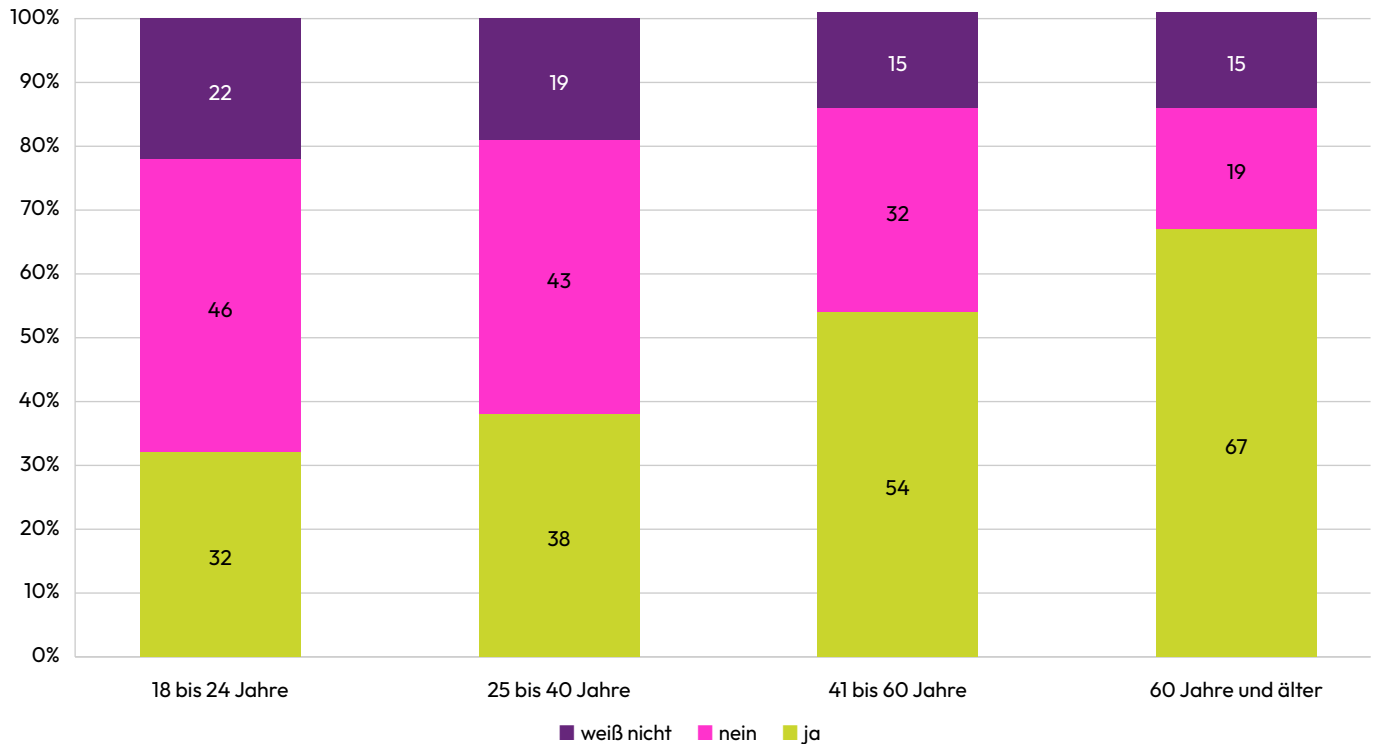


Im Konfliktmonitor haben wir fünf Modellen zur Ausgestaltung eines Bundeswehrdienstes abgefragt. Die Befragten sollten angeben: Sollte der Wehrdienst (1) freiwillig nach Anschreiben und Erfassung aller Bürger und Bürgerinnen im wehrfähigen Alter sein (Pistorius Modell), (2) ein militärischer Pflichtdienst nur für junge Männer – also die Wehrpflicht der Vergangenheit – sein, (3) ein militärischer Pflichtdienst für alle unabhängig vom Geschlecht sein, (4) eine gesellschaftliche Dienstpflicht mit Option eines militärischen Dienstes in der Bundeswehr sein, oder (5) sollte es keinen Militärdienst geben und alles bleiben wie es derzeit ist.

Keines der Modelle findet eine Mehrheit, wie Abbildung 7 zeigt. Modell 4 ist am beliebtesten, also ein freiwilliger Bundeswehrdienst im Rahmen eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes: Fast ein Drittel (28 %) findet es am besten gefolgt vom Freiwilligkeitsmodell 1 (22 %) und Pflichtdienstmodell 3 (22 %). Modell 4 – also ein militärischer Pflichtdienst nur für junge Männer – wird nur von 13 Prozent der Befragten präferiert, während sich 16 Prozent überhaupt keine Veränderungen wünschen.

Es gibt klare Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen beim Thema Wehrdienst. Die Wiedereinführung eines militärischen Pflichtdienstes (unabhängig von der Form) wird von den unter 18- bis 24-jährigen nur von einer Minderheit (32 %) befürwortet. Mit steigendem Alter nimmt die Zustimmung zu. Die Generation Ü60 stimmt am stärksten dem Pflichtmodell zu (67 %), wie Abbildung 8 ausweist. Frauen (47 % Zustimmung) stehen der Wehrpflicht skeptischer gegenüber als Männer (59 %).

Abbildung 8:
In den letzten Monaten wurde verstärkt über die Wehrpflicht diskutiert. Ganz grundsätzlich, befürworten Sie eine Form des militärischen Dienstes für junge Menschen oder nicht?



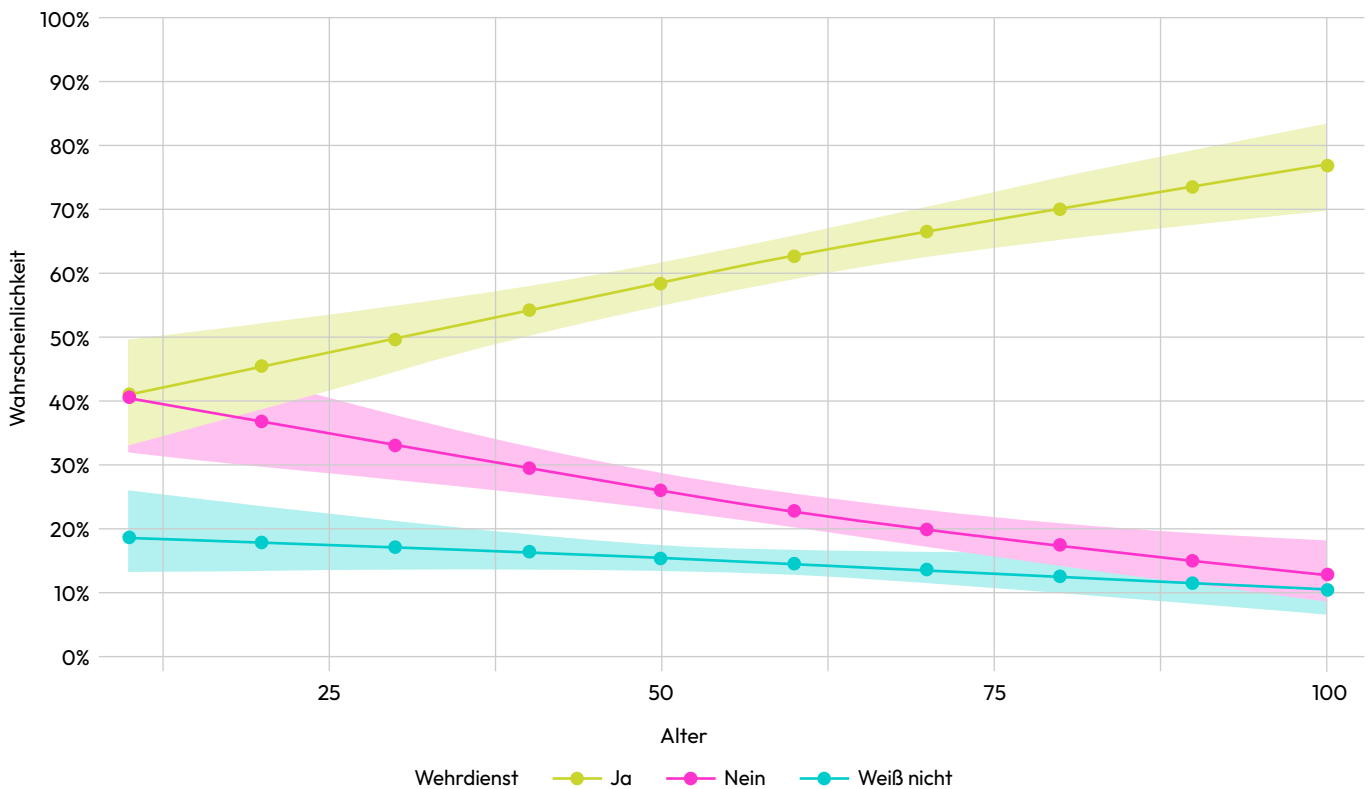
Die Einschätzung der weltweiten, europäischen oder deutschen Sicherheitslage hat offenbar keinen Einfluss darauf, wie Menschen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes stehen. Statistisch zeigen sich keine bedeutsamen Zusammenhänge: Die Einschätzung der Sicherheitslage hat keinen signifikanten Einfluss auf Ablehnung oder Unentschlossenheit bezüglich eines Wehrdienstes.⁵ Allerdings beeinflusst die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffes auf ein NATO-Land die Meinungen: Für Personen, die eine hohe Kriegsgefahr wahrnehmen, zeigt sich ein signifikanter Effekt auf die Zustimmung zur Wiedereinführung des Wehrdienstes ($\beta = -0.72$; $p = .007$). Parteipolitische Ansichten spielen ebenso eine Rolle: Anhänger von CDU/CSU (72 %) und FDP (70 %) unterstützen einen Wehrdienst am stärksten. Mit etwas Abstand folgen Wähler*innen von

⁵ Hierfür wurde ein logistisches Regressionsmodell gerechnet, bei dem die Antwortoption „Ja“ die Referenzkategorie bildete. Für die Antwortoption „Nein“ liegen die Effekte bei Welt: $\beta = 0,01$ ($p = .89$), Europa: $\beta = 0,09$ ($p = .39$) und Deutschland: $\beta = -0,02$ ($p = .80$). Auch bei „Weiß nicht“ sind die Unterschiede nicht signifikant (Welt: $\beta = 0,02$; $p = .87$; Europa: $\beta = -0,01$; $p = .95$; Deutschland: $\beta = 0,13$; $p = .19$).

SPD (59 %) und AfD (50 %). Die Wähler*innen von Bündnis90/Die Grünen stimmen weniger zu (41 % Zustimmung), gefolgt von jenen des BSW (37 %) und der Partei Die Linke (33 %). Die Zustimmung bei Nichtwähler*innen liegt bei ca. 40 Prozent.

Abbildung 9 zeigt die Ergebnisse eines multinominalen logistischen Regressionsmodells und den durchschnittlichen marginalen Effekt des Alters in Form von vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten. Die Wahrscheinlichkeiten sind um den Einfluss der anderen im Modell enthaltenen Variablen kontrolliert.⁶

Abbildung 9:
Sollte in den nächsten Jahren ein militärischer Dienst für junge Menschen eingeführt werden, welcher Vorschlag erscheint Ihnen hierbei am sinnvollsten?



Unter Kontrolle dieser Faktoren bleibt der in der Grafik visualisierte Effekt des Alters substantziell: Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit für eine Zustimmung zum Wehrdienst („Ja“) steigt mit zunehmendem Alter signifikant an ($\beta = .003$, $p = .0001$), während die Wahrscheinlichkeit für eine Ablehnung („Nein“) bedeutsam sinkt ($\beta = -.0025$, $p = .0002$). Die altersbedingten Unterschiede bei den Unentschlossenen sind nicht signifikant ($\beta = -.0001$, $p = .3404$).

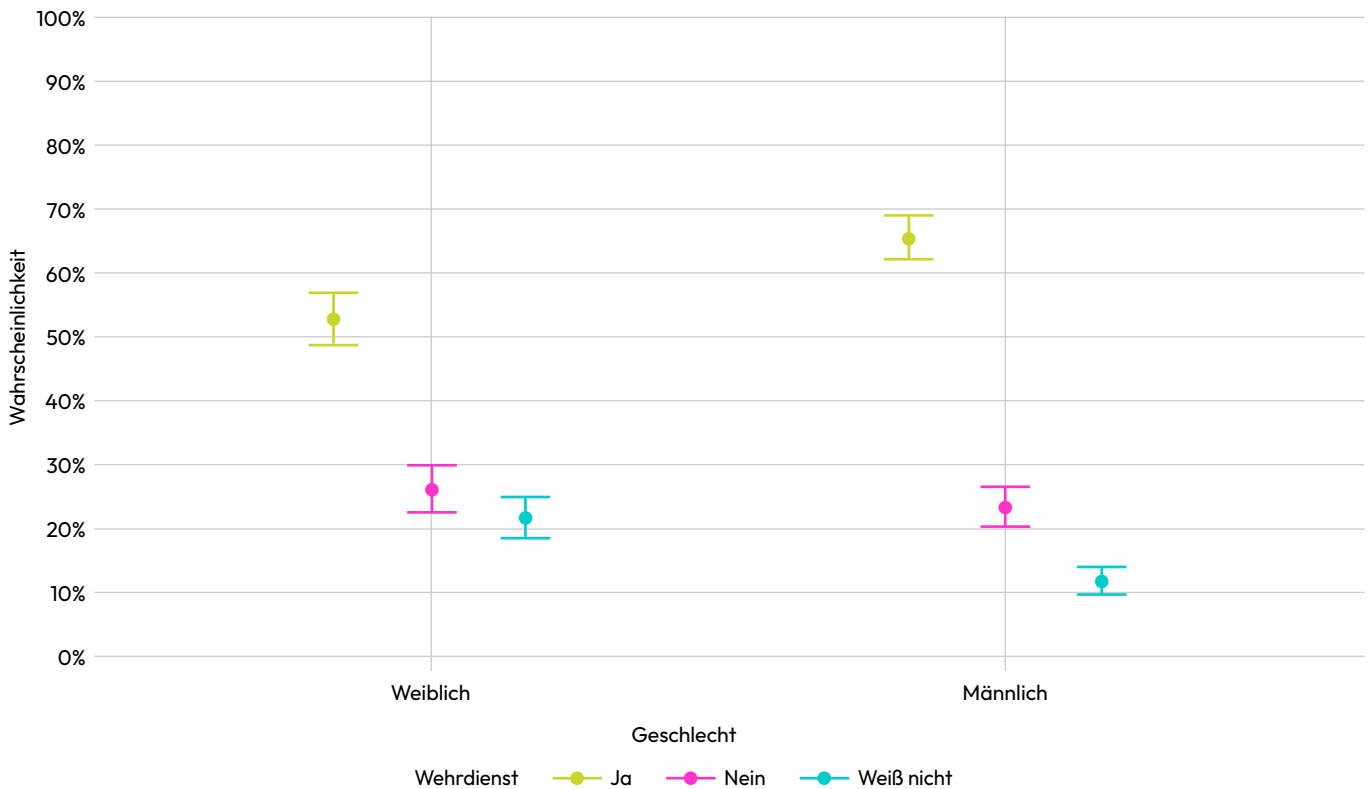
Auch in Bezug auf die unterschiedlichen Dienstmodelle zeigen sich klare Unterschiede: Anhänger*innen von Bündnis90/Die Grünen und Die Linke setzen auf ein Modell des Gesellschaftsdienstes (Wehrpflichtmodell 4, siehe oben). Anhänger*innen

⁶ In das Modell wurden zudem das Alter der Befragten, die Bewertung der Bundeswehrausgaben, die Anzahl der Kinder im Haushalt, die Zukunftserwartungen, die Einschätzung der Kriegsgefahr, das Bildungsniveau sowie die Einschätzung der militärischen Sicherheitslage Deutschlands, Europas und der Welt aufgenommen.

von CDU/CSU sind skeptisch gegenüber diesem Modell. Wähler*innen der AfD bevorzugen ein nur von Männern abzuleistenden Pflichtdienst (Modell 2). Weitere Analysen zeigen, dass Befragte, die von einer hohen Kriegswahrscheinlichkeit seitens Russlands ausgehen, eher zu einem Pflichtdienst für alle unabhängig vom Geschlecht (Modell 3) neigen.

Um den Einfluss des Geschlechts auf die Präferenzen für einen Wehrdienst zu analysieren (Abbildung 10), wurden die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten aus dem multinomialen logistischen Regressionsmodell für Männer und Frauen verglichen.

Abbildung 10:
Präferenz für einen Wehrdienst nach Geschlecht



Jeder Punkt wird von einem vertikalen Balken begleitet, der das 95%-Konfidenzintervall darstellt. Wenn sich die Konfidenzintervalle zweier Punkte nicht überlappen, ist das ein Hinweis auf einen statistisch signifikanten Unterschied. Männer sind eher für eine Wiedereinführung des Wehrdienstes als Frauen ($\beta = 1.7, p = 0.001$). Bei der Ablehnung des Wehrdienstes zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern ($\beta = 0.86, p = 0.28$). Die Chance unentschieden zu sein ist bei Männern etwas geringer ($\beta = 0.44, p = 0.001$).

Die Ergebnisse des Konfliktmonitors zeigen, dass eine stärkere Aufrüstung der Bundeswehr und die Einführung einer Wehrpflicht in der Bevölkerung grundsätzlich auf Zustimmung stoßen. Dies hängt mit einem aktuellen Unsicherheitsempfinden

zusammen. Rund 40 Prozent der Befragten halten einen russischen Angriff auf einen europäischen NATO-Staat in naher oder mittlerer Zukunft für realistisch und diese Einschätzung beeinflusst die Einstellung zum Wehrdienst und zur Aufrüstung. Allerdings gehen die Meinungen über einen möglichen Pflichtdienst stark auseinander – je nach Generation, Geschlecht und politischer Einstellung. Etwa 65 Prozent der Befragten bevorzugen entweder freiwillige Modelle oder die weitere Aussetzung der Wehrpflicht. Keines der politisch diskutierten Modelle findet breite Unterstützung.

Vorbereitet auf das Konfliktfeld Wehrhaftigkeit?

Die Ergebnisse deuten auf ein Konfliktpotenzial in der politischen Debatte hin, vor allem wenn die Ansichten junger

Menschen ignoriert werden. Sie unterscheiden sich von den älteren Generationen deutlich. Fast die Hälfte der potenziell Wehrpflichtigen lehnt den Dienst ab, während fast 70 Prozent der über 60-Jährigen ihn befürworten. Sollte sich die Wiedereinführung eines Wehrdienstes nach entsprechenden Gesetzesbeschlüssen realisieren - wovon auszugehen ist - wird es entscheidend sein, die Interessen der Generationen sensibel auszuhandeln und klar zu kommunizieren. Andernfalls droht, das Vertrauen junger Menschen in Politik und Institutionen weiter beschädigt zu werden – gerade in einer Zeit, die von wachsender Unsicherheit und Instabilität geprägt ist.

Das Spotlight beruht auf Daten einer Online-Befragung von 2.112 volljährigen Deutschen. Die Erhebung fand vom 26. Juni bis 11. Juli 2025 statt. Alle Teilnehmenden hatten bereits an der ersten Erhebung des Konfliktmonitors vom 21. November bis 12. Dezember 2024 teilgenommen. Es handelt sich somit um eine Längsschnittbefragung. Die Studie wurde durchge-

Methodik

führt von der ConflictA – Konfliktakademie der Universität Bielefeld in Kooperation mit dem SOKO Institut für Sozialforschung & Kommunikation. Zur Annäherung an die Repräsentativität wurden die Analysen gewichtet. Die Teilnahme erfolgte freiwillig und anonym.

Hinweis: Zur Vereinfachung der Darstellung wurden die Prozentangaben in den Abbildungen gerundet. Daher kann es vorkommen, dass die Summe der gerundeten Zahlen nicht exakt 100 % beträgt.

An der Befragung haben 57,3 Prozent Männer und 42,7 Prozent Frauen teilgenommen. Das Durchschnittsalter der Befragten lag bei 54,4 Jahren (Standardabweichung = 16,3). Etwas mehr als ein Achtel der Stichprobe war unter 35 Jahre alt (15,1 %), ca. ein Drittel über 65 Jahre alt (32,6 %). Ca. die Hälfte der Befragten hatte eine Fachhochschul- oder Hochschulreife (51,1 %), etwa ein Viertel einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss (26,0 %). Für 12 Prozent der Befragten war die poly-

technische Oberschule der höchste Bildungsabschluss. Ein Zehntel der Befragten verfügte über einen Hauptschulabschluss (10,1 %) und 0,4 Prozent hatte keinen Schulabschluss. 55,1 Prozent der befragten Personen hatten ein monatliches

Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 €. 9,9 Prozent der Teilnehmenden hatten einen Migrationshintergrund, entweder weil sie selbst zugewandert waren oder weil mindestens ein Elternteil eine Zuwanderungsgeschichte hatte. Durch eine Gewichtung werden die Daten der Verteilung der Merkmale Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Migrationshintergrund der erwachsenen deutschen Wohnbevölkerung angenähert.

Stichprobenbeschreibung

In der Tabelle sind die 32 Konfliktthemen abgebildet, zu deren Wichtigkeit die Teilnehmenden des Konfliktmonitor befragt wurden. Abgebildet sind die prozentuale Verteilung der Antworten, die Mittelwerte und die Varianz bzgl. der Frage: "Wie wichtig finden Sie persönlich, dass es eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die folgenden Konfliktthemen gibt?" Die Tabelle ist nach Mittelwerten (Skala 1 bis 5) sortiert, wobei ein niedriger Wert für eine hohe Wichtigkeit aus Sicht der Befragten steht.

Konfliktliste

Konflikt	Mittelwert	SD	Anteil sehr wichtig	Anteil eher wichtig	Anteil teils/teils	Anteil weniger wichtig	Anteil überhaupt nicht wichtig
Meinungsfreiheit	1,65	0,92	58,8	22,7	14,6	2,5	1,4
Innere Sicherheit	1,65	0,86	56,4	24,7	16,5	2	0,5
Rentenpolitik	1,69	0,86	52,5	30,4	14,1	1,9	1,1
Lage der Wirtschaft	1,74	0,89	49,9	30,1	16,9	1,8	1,2
Infrastruktur	1,76	0,90	49	31	16,3	2,4	1,2
Schule und Bildungspolitik	1,78	0,95	49,7	28,9	16,7	2,8	1,9
Wohnungsmarkt und Mietpreise	1,79	0,95	48,9	30,4	15,1	3,9	1,6
Inflation	1,83	0,95	47,2	29,2	18,8	3,3	1,5
Unterschiede im Zugang zur Gesundheitsversorgung	1,88	0,96	44,1	31,6	18,7	3,8	1,8
Migration	1,91	1,12	50,3	21,9	19,2	4,2	4,4
Soziale Ungleichheit	2,03	1,06	40,2	27,9	23,8	5	3,1
Umgang mit Rechtsextremismus	2,05	1,17	44,5	22,8	20,9	7,1	4,7
Unterschiede zwischen Armen und Reichen	2,07	1,08	39,9	26	24,6	6,3	3,1
Asyl	2,1	1,18	40,5	26,7	21	5,6	6,2
Digitalisierung	2,18	1,02	29,5	35,5	25,6	6,4	3
Bürgergeld und Hartz IV	2,28	1,10	29,2	31	27,1	8,4	4,3
Klimawandel	2,28	1,27	36,1	25,5	21,3	8,6	8,6
Demografischer Wandel	2,3	0,96	22,8	35,1	33,8	5,9	2,4
Nahostkonflikt	2,31	1,13	28,3	31,6	26,1	8,8	5,2
Umgang mit Linksextremismus	2,32	1,17	32,4	22,6	30	10,3	4,7
Verhältnis zu den USA	2,33	1,05	24,8	32,9	30,4	8,2	3,7
Ausbau der Bundeswehr	2,34	1,19	30,5	27,5	26,6	8,5	7
Waffenlieferungen an die Ukraine	1,37	1,28	32,1	26,3	24	7,5	10
Antisemitismus	2,39	1,17	27,4	29,3	27,6	8,7	7
Diskriminierung von Minderheiten	2,44	1,20	27,4	25,2	31,7	7,6	8,1
Generationenkonflikt	2,48	1,05	20,6	28,2	37,4	9,6	4,1
Streit in der Regierung	2,53	1,11	21,4	27,2	34,3	11,4	5,6
Verkehrswende	2,53	1,09	19,8	28,7	35,1	10,9	5,4
Unterschiede zwischen Stadt und Land	2,63	1,08	17,3	26,3	37,7	13,5	5,3
Unterschiede zwischen den Geschlechtern	2,74	1,26	19,6	24,6	29,9	13,6	12,3
Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland	2,75	1,19	17,8	23,4	34,1	15,4	9,2
Aufarbeitung der Corona-Pandemie	2,78	1,23	19,9	20,4	31,6	18,4	9,7

Tabelle: Übersicht Konfliktthemen

Impressum

Herausgeber

ConflictA im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Kontakt: <https://conflict-a.de/kontakt/>

Die Reihe „ConflictA-Spotlights“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über: <https://www.conflict-a.de>

Zitiervorschlag:

Lampe, Dirk, Zick, Andreas, Skolarski, Stephan, Nowak, Anna Christina, und Rees, Jonas. 2025. *Konfliktfeld Sicherheit: Verteidigung und Wehrpflicht in Zeiten des Krieges*. ConflictA-Spotlights. Bielefeld: Universität Bielefeld, ConflictA. <https://doi.org/10.4119/unibi/3015749>



Soweit nicht anders angegeben, wird diese Publikation unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA) veröffentlicht.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> und <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages